



EUROPÄISCHES PARLAMENT

2009 - 2014

Ausschuss für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten

2010/2305(INI)

28.3.2011

ENTWURF EINER STELLUNGNAHME

des Ausschusses für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten

für den Ausschuss für regionale Entwicklung

zur Abrufung von Struktur- und Kohäsionsfondsmitteln: Lehren für die
künftige Kohäsionspolitik der EU
(2010/2305(INI))

Verfasserin der Stellungnahme: Edit Bauer

(*) Assoziierter Ausschuss – Artikel 50 der Geschäftsordnung

PA_NonLeg

VORSCHLÄGE

Der Ausschuss für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten ersucht den federführenden Ausschuss für regionale Entwicklung, folgende Vorschläge in seinen Entschließungsantrag zu übernehmen:

- A. in der Erwägung, dass die Wirtschafts-, Regional- und Sozialpolitik der EU in einem engen Zusammenhang stehen und die Probleme bei der Aufnahmefähigkeit von Fördermitteln der verschiedenen Fonds in den Mitgliedstaaten ähnlich sind,
1. fordert die Kommission und die Mitgliedstaaten auf zu gewährleisten, dass der künftige ESF in den Bereichen Beschäftigungs- und Sozialpolitik als ein wirksames, einfaches und benutzerfreundliches Instrument zur Umsetzung der Strategie Europa 2020 beiträgt;
 2. betont, dass die Anstrengungen auf eine begrenzte Zahl von Prioritäten konzentriert werden müssen, damit der ESF die Strategie Europa 2020 bestmöglich unterstützen kann;
 3. fordert die Mitgliedstaaten auf, die Sozialpartner auf nationaler und lokaler Ebene einzubinden, um den Bedarf auf dem Arbeitsmarkt besser feststellen zu können;
 4. fordert die Mitgliedstaaten auf, die Informationen über die Zugänglichkeit des ESF zu verbessern und die Kapazitäten für die Generierung von Projekten auszubauen, um zur Schaffung neuer Arbeitsplätze beizutragen;
 5. fordert die Kommission auf, die Umsetzung der Strategie Europa 2020 zu unterstützen, und gleichzeitig zu gewährleisten, dass die Kohäsionspolitik die Ungleichheiten verringert und eine harmonische Entwicklung in der EU fördert;
 6. bedauert, dass aufgrund der langwierigen Verwaltungsverfahren, der komplizierten Regeln und der schwerfälligen Kontrollmechanismen die Durchführung des ESF langsamer erfolgt als vorgesehen und viele potenzielle Empfänger abgeschreckt sind, Fördermittel zu beantragen;
 7. fordert die Kommission auf, die Kofinanzierungssätze zu überprüfen, um den Entwicklungsstand besser widerzuspiegeln; fordert die Mitgliedstaaten auf, Mechanismen einzurichten, durch die kleine Empfänger bei der Stellung von Anträgen und während des Durchführungszeitraums unterstützt werden;
 8. fordert die Mitgliedstaaten auf, von der Möglichkeit von Vorauszahlungen an Empfänger von ESF-Mitteln in stärkerem Umfang Gebrauch zu machen;
 9. betont, dass der Schwerpunkt eindeutig und gezielt auf den tatsächlichen Ergebnissen der Unterstützung durch den ESF liegen muss, was mit einer Verbesserung der Evaluierungs-, Überwachungs- und Indikatorsysteme einhergehen muss;